

Stabilität durch starke Binnennachfrage

Wirtschaftliche Lage 2017

Inhaltsübersicht

<u>Unsichere Weltwirtschaft</u>	1
<u>Europa in der Krise</u>	2
<u>Konjunktur im Inland: Aufschwung mit Risiken</u>	3
<u>Öffentliche Haushalte mit Spielräumen</u>	6
<u>Arbeitsmarkt mit Licht und Schatten</u>	7
<u>Problematische Wirkungen der „Reformpolitik“</u>	10
<u>Binnennachfrage stärken!</u>	12

Unsichere Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft wächst. Der Internationale Währungsfonds (IWF) sagt für 2017 einen Anstieg der weltweiten Wirtschaftsleistung um 3,4 Prozent voraus. Das wären 0,3 Prozentpunkte mehr als letztes Jahr.

Für die Wirtschaft in den USA wird im aktuellen und nächsten Jahr ein preisbereinigtes Wachstum von über zwei Prozent vorhergesagt. Der US-Aufschwung wird vom privaten Konsum angetrieben. Die gute Arbeitsmarktlage lässt die Einkommen steigen. Die offizielle Arbeitslosenquote ist mit 4,6 Prozent auf einem Tiefstand. Die Reallöhne stiegen in einem niedrigen Preisumfeld um 2,2 Prozent (2015). Sollte der neue US-Präsident Donald Trump seine Ankündigung milliardenschwerer Infrastrukturinvestitionen wahr machen, würde die US-Konjunktur zusätzliche Impulse bekommen.

In Europa bleibt die wirtschaftliche Erholung schwach. Das künftige Wachstum fällt mit geschätzten 1,7 Prozent (2017) für die EU und 1,5 Prozent (2017) für den Euroraum deutlich geringer aus als in den USA. Die Arbeitslosigkeit ist weiterhin hoch. Die Arbeitslosenquote liegt in der EU bei 8,6 Prozent, im Euroraum sogar bei zehn Prozent. Für das aktuelle Jahr wird ein leichter Rückgang prognostiziert. Die Reallöhne stiegen im EU-Durchschnitt aufgrund geringer Preissteigerungen (+0,3 Prozent) um 1,4 Prozent (2015).

Die wirtschaftliche Entwicklung der Schwellenländer verbessert sich. Brasilien und Russland haben das konjunkturelle Tal durchschritten. Der steigende Ölpreis unterstützt die Erholung. Die chinesische Volkswirtschaft wächst weiterhin mit sechs Prozent.

Der weiterhin positive Ausblick für die Weltwirtschaft ist jedoch mit hohen Risiken und Unsicherheiten behaftet. Ein solches Risiko ist der zukünftige Kurs der US-Wirtschaftspolitik. Donald Trump könnte neue Handelsschranken errichten. Die Gegenreaktionen betroffener Staaten könnten einen internationalen Handelskrieg auslösen. Letzterer würde das globale Wachstum drosseln.

Doch damit nicht genug. Auch die US-Geldpolitik bringt Risiken mit sich. Wenn die US-Notenbank in Reaktion auf steigende Preise die Zinsen schnell und kräftig erhöht, würde der US-Dollar deutlich aufwerten. Ein starker Dollar könnte in den Schwellenländern große wirtschaftliche Turbulenzen auslösen. Denn erstens sind viele Schwellen- und Entwicklungsländer in US-Dollar verschuldet. Wenn die US-Währung

aufwertet, dann steigt die Schuldenlast. Und zweitens machen höhere US-Zinsen die Geldanlage in US-Staatspapiere attraktiver. Folglich könnten Investoren ihr Kapital aus den Schwellenländern abziehen und in den USA anlegen. Die Währungen der betroffenen Länder würden sofort abstürzen. Um diese Kapitalflucht zu bekämpfen, könnten die Notenbanken der Schwellenländer die Zinsen erhöhen. Das würde wiederum Wachstum und Arbeitsplätze kosten.

Europa in der Krise

Das größte weltwirtschaftliche Risiko ist aber die Zukunft Europas und des Euroraums. Die Europäische Union steckt in der tiefsten Krise seit ihrer Gründung. Das Wachstum ist schwach und die Arbeitslosigkeit hoch. Von Kopenhagen bis Lissabon sind fast 22 Millionen Menschen ohne Arbeit. Gleichzeitig nimmt die Kluft zwischen Arm und Reich zu.

Europa ist ökonomisch und sozial gespalten. Während der Norden des Kontinents sich wirtschaftlich leicht erholt, liegt der Süden noch immer am Boden. In Spanien und Griechenland ist jeder Vierte ohne Arbeit. In Italien und Portugal liegt die Arbeitslosenquote über 11 Prozent. Im Zeitraum von 2010 bis 2016 sanken in Südeuropa die Reallöhne. Sowohl die EU-Kommission als auch die Merkel-Regierungen tragen große Verantwortung für diesen wirtschaftlichen und sozialen Niedergang. Die neoliberalen Brüsseler und Berliner Rezepte verschärften die Krise. Drakonische Haushaltskürzungen, der Abbau von Arbeitnehmerrechten und die Zerstörung der Tariflandschaft vertieften die soziale Spaltung und schädeten der Wirtschaft.

Der Protest gegen diesen wirtschafts- und sozialpolitischen Irrweg richtet sich verstärkt gegen Brüssel. Berlin setzte bei der Lösung des Konflikts aber nicht auf Dialog und Kooperation, sondern – wie im Fall Griechenlands – auf das Recht des wirtschaftlich Stärkeren. So wird die politische Handlungsfähigkeit Europas zerstört.

In der Flüchtlingskrise waren die europäischen Staatschefs unfähig, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen. In der Finanzmarktkrise konnten die EU-

Mitgliedstaaten **» Europa ist wirtschaftlich und sozial gespalten.**

sich nicht auf eine gemeinsame Antikrisenpolitik einigen. In der Eurokrise rettete der oberste Notenbanker und nicht die nationalen Regierungen den Währungsraum. Nur Mario Draghis Niedrigzinsen und Anleihekäufen verdanken wir, dass die Preise nicht auf breiter Front purzelten und die europäische Wirtschaft nicht kollabierte. Für einen kräftigen Aufschwung müssen aber Löhne und Staatsausgaben steigen.

Inzwischen ist es rechtspopulistischen Kräften gelungen, die sozialen Verteilungskonflikte national umzudeuten. Seitdem schwimmen sie auf einer Erfolgswelle.

Die Briten haben in einer Volksabstimmung bereits für den EU-Austritt gestimmt. Ende März beantragt die konservative Regierung den Austritt. Anschließend folgen bis zu zwei Jahre Austrittsverhandlungen. Die damit einhergehende Instabilität bringt hohe wirtschaftliche Risiken mit sich.

Ein zweites europäisches Sorgenkind ist Italien. Die EU-kritische Fünf-Sterne-Bewegung könnte durch Neuwahlen an die Regierung kommen. Dann steht dem Land eine Volksabstimmung

über den Euro bevor. Die große Unzufriedenheit der Italiener hat auch wirtschaftliche Ursachen. Die viertgrößte europäische Volkswirtschaft liegt auf dem Krankenbett. Die chronische Wachstumsschwäche hat viele Unternehmen in den Ruin getrieben. Die Krise der Realwirtschaft trifft jetzt die Banken. Die italienischen Banken sitzen auf faulen Krediten im Wert von 360 Milliarden Euro.

Doch damit nicht genug: In Frankreich, den Niederlanden und Deutschland wird dieses Jahr gewählt. Weitere Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien könnten die politische Krise Europas verschärfen.

Währenddessen schwelt die Krise des gemeinsamen Währungsraums weiter. Seit der Euro-Einführung werden die starken Volkswirtschaften stärker und die schwachen schwächer. Ausdruck dieser Entwicklung waren und sind die wachsenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte (siehe auch das Kapitel „Problematische Wirkungen der ‚Reformpolitik‘“).

Konjunktur im Inland: Aufschwung mit Risiken

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland verlief im vergangenen Jahr positiv. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs um 1,9 Prozent. Dies entspricht in etwa dem Niveau der Vorjahre (2014: 1,6 Prozent, 2015: 1,7 Prozent). Das Wachstum war damit etwas stärker, als die meisten Wirtschaftsforschungsinstitute noch im Frühjahr vorhergesagt hatten.

In den kommenden beiden Jahren erwarten die meisten Institute eine Fortsetzung des verhaltenen Aufschwungs. Aus Gründen, die in den

ersten beiden Kapiteln ausführlich erläutert sind, sind Vorhersagen derzeit mit großer Unsicherheit behaftet. Die in den verschiedenen Konjunkturprognosen für 2017 genannten Wachstumsraten haben eine Spannweite von 1,2 bis 1,6 Prozent, für 2018 von 1,4 bis 1,7 Prozent. Ein wesentlicher Grund für die niedrigeren Werte in 2017 ist die geringere Zahl an Arbeitstagen.

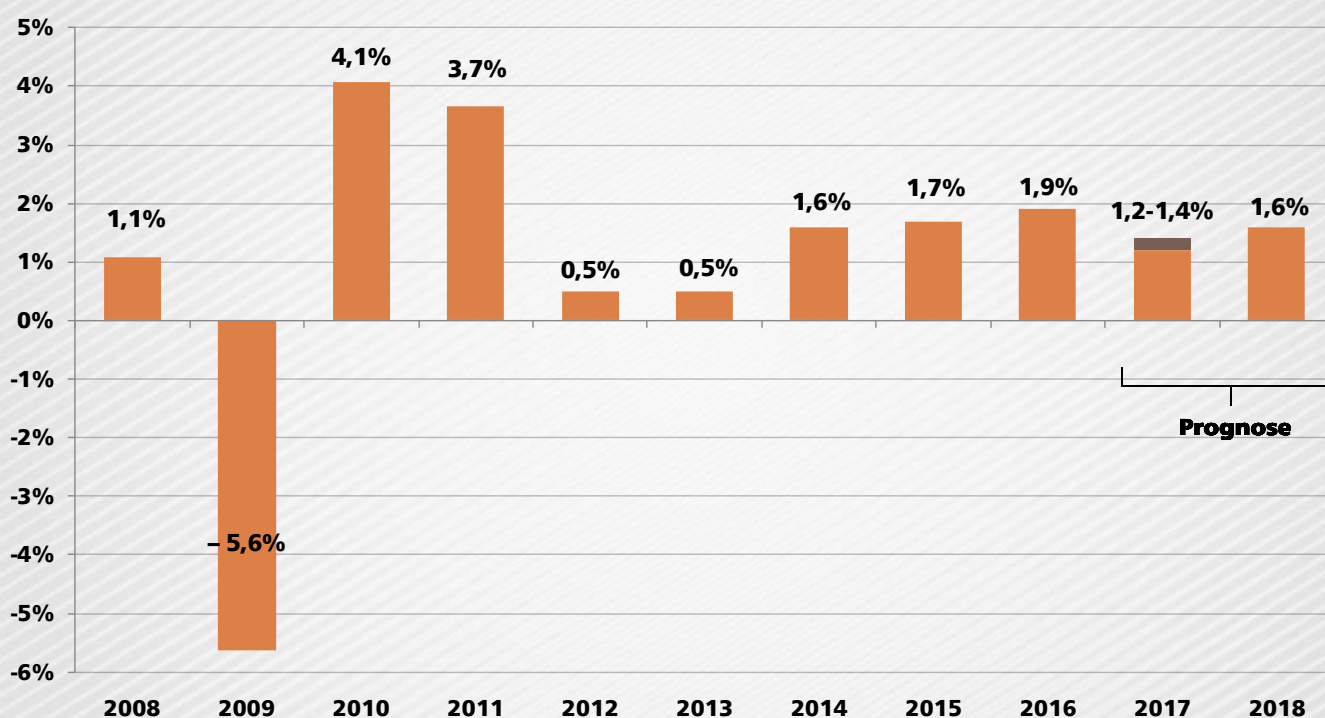
Am Arbeitsmarkt stieg die Beschäftigung weiter an. Sowohl die Erwerbstätigkeit als auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben erneut zugenommen. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um ein Prozent auf fast 43,5 Millionen Personen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist 2016 um vier Prozent auf 2,69 Mio. Personen erneut zurückgegangen. Die Aus-

sichten für das Jahr 2017 sind weiterhin positiv. Nach den vorliegenden Prognosen wird die Erwerbstätigenzahl langsamer als in den letzten Jahren steigen, aber immer noch um 200.000 bis 300.000. Das wird den Anstieg der Zahl der Arbeit suchenden Personen überkompensieren. Letzterer resultiert hauptsächlich aus der Zuwanderung – darunter viele überwiegend schon 2015 oder 2016 angekommene Geflüchtete – sowie aus der weiter steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird 2017 voraussichtlich nur auf etwas über 2,6 Millionen bzw. 5,9 bis 6,0 Prozent weiter zurückgehen.

Wesentlicher Wachstumstreiber war 2016 erneut die Binnennachfrage. So nahmen zum

Verhaltener Aufschwung setzt sich fort

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland, 2008-2018



einen die Staatsausgaben kräftig zu. Nicht zuletzt die Ausgaben für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen haben die Konjunktur und den Arbeitsmarkt belebt. Zum anderen legte der private Verbrauch erneut zu. Vor dem Hintergrund einer niedrigen Inflationsrate (laut Statistischem Bundesamt 0,5 Prozent) und vergleichsweise deutlichen Nominallohnsteigerungen ist die Kaufkraft weiter gestiegen. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte schwächte sich dieser Effekt durch einen höheren Ölpreis und eine wieder anziehende Inflationsrate etwas ab. Dennoch prognostiziert die Gemeinschaftsdiagnose auch für 2017, dass der Konsum der wichtigste Wachstumstreiber bleiben wird. In diesem sowie im kommenden Jahr geht sie von einem Wachstum der realen Konsumausgaben privater

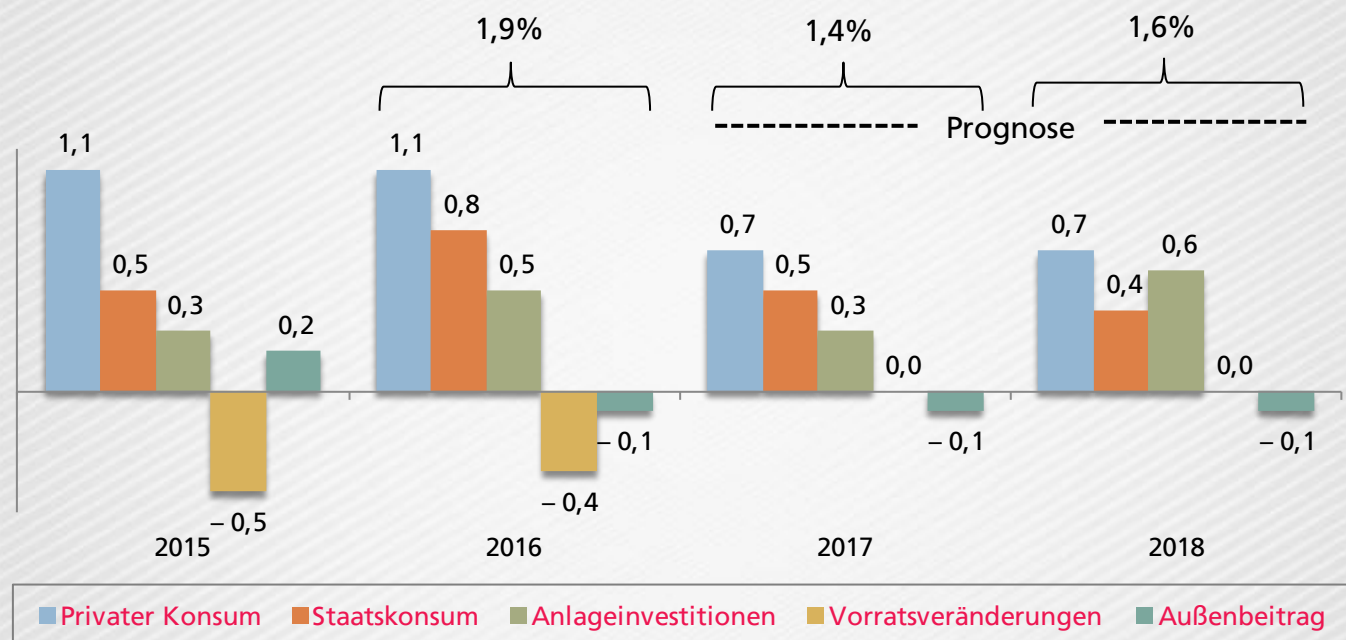
Haushalte um jeweils 1,3 Prozent aus.

Hingegen schiebt der Außenhandel das Wachstum auf absehbare Zeit nicht mehr an. Für 2017 prognostiziert die Gemeinschaftsdiagnose einen Anstieg der Exporte um 2,0 Prozent, für 2018 dann wieder deutlich höhere 4,2 Prozent. Die Importe sollen um 2,8 (2017) und 5,2 Prozent (2018) ansteigen. Da das Wachstum der Importe in beiden Jahren das Wachstum der Exporte übersteigt, führt dies zu einem leichten Rückgang des Leistungsbilanzsaldos bis 2018 auf (immer noch sehr hohe) 8,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die robuste Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt ging mit deutlichen Steigerungen bei den Löhnen und Gehältern einher. Die Tarifentgelte sind nach Angaben des Wirtschafts- und

Privater Konsum trägt weiterhin das Wachstum

Wachstumsbeiträge zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt, 2015-2018



Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) 2016 nominal um 2,4 Prozent angestiegen. Preisbereinigt entsprach dies einer Lohn- und Gehaltssteigerung um 1,9 Prozent. Die effektiven Löhne und Gehälter, die die Entgelte aller Beschäftigten umfassen, stiegen im vergangenen Jahr um 2,3 Prozent an, was preisbereinigt 1,8 Prozent entspricht.

Öffentliche Haushalte mit Spielräumen

Die öffentlichen Haushalte entwickelten sich – wie schon im Vorjahr – auch 2016 zufriedenstellend. Die Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) erzielten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einen Überschuss von insgesamt 12,4 Milliarden Euro. Davon erwirtschaftete alleine der Bundeshaushalt einen Überschuss von 10,4 Milliarden Euro. Die Einnahmen des Bundes erhöhten sich dabei um zwei Prozent, die Steuereinnahmen um 1,8 Prozent. Die Ausgaben wuchsen um 1,9 Prozent.

Die Länderhaushalte erzielten einen Überschuss von 2,2 Milliarden Euro. Ihre Einnahmen erhöhten sich um 4,9 Prozent, ihre Steuereinnahmen sogar um 6,7 Prozent. Die Ausgaben der Länder wuchsen um 5,5 Prozent. Im Vergleich zur Steuerschätzung vom November 2016 erzielten sie knapp acht Milliarden Euro höhere Steuereinnahmen. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums erzielten die Länder 2016 einen Haushaltsüberschuss von insgesamt 8,8 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Verbesserung um sechs Milliarden Euro.

Die Kommunen erzielten 2016 ein Defizit von 0,2 Milliarden Euro. Ihre Einnahmen erhöh-

ten sich nominal um 5,9 Prozent, ihre Steuereinnahmen um 4,4 Prozent. Auffällig ist die Steigerung kommunaler Ausgaben um 7,9 Prozent. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die Versorgung von Flüchtlingen. Diese Ausgaben, die ganz wesentlich zum Wachstum beitrugen, dürften 2017 wieder rückläufig sein und Ausgabenspielräume an anderer Stelle eröffnen. Für die kommenden Jahre erwarten die Kommunen wieder Überschüsse.

Auch im aktuellen Jahr wird die Finanzlage der öffentlichen Haushalte gut sein. Die Steuerschätzung vom November 2016 geht davon aus,

» Die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen ist gut.

dass die Steuereinnahmen um 4,2 Prozent steigen werden. Die

des Bundes sollen dabei um 4,9 Prozent, die der Länder um 2,6 Prozent und die der Kommunen sogar um 7,4 Prozent wachsen. Die Gemeinschaftsdiagnose beziffert den Überschuss von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen in 2017 auf 13,7 Milliarden Euro.

Spielräume für Mehrausgaben sind also vorhanden – wie auch entsprechende Bedarfe: Bei Bildung und Infrastruktur ist in den vergangenen Jahren in Folge der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen und Länder ein Investitionsstau aufgelaufen, den es abzubauen gilt. In Gesundheit, Pflege und frühkindlicher Bildung gibt es einen beträchtlichen Personalmangel. Die Energiewende und die Weiterentwicklung eines leistungsfähigen öffentlichen Verkehrs verlangen auch zukünftig beträchtliche öffentliche Ausgaben.

Eine strukturelle Stärkung der öffentlichen Finanzen ist daher weiterhin erforderlich. Dazu müssen Reiche, Personen mit hohem Einkommen

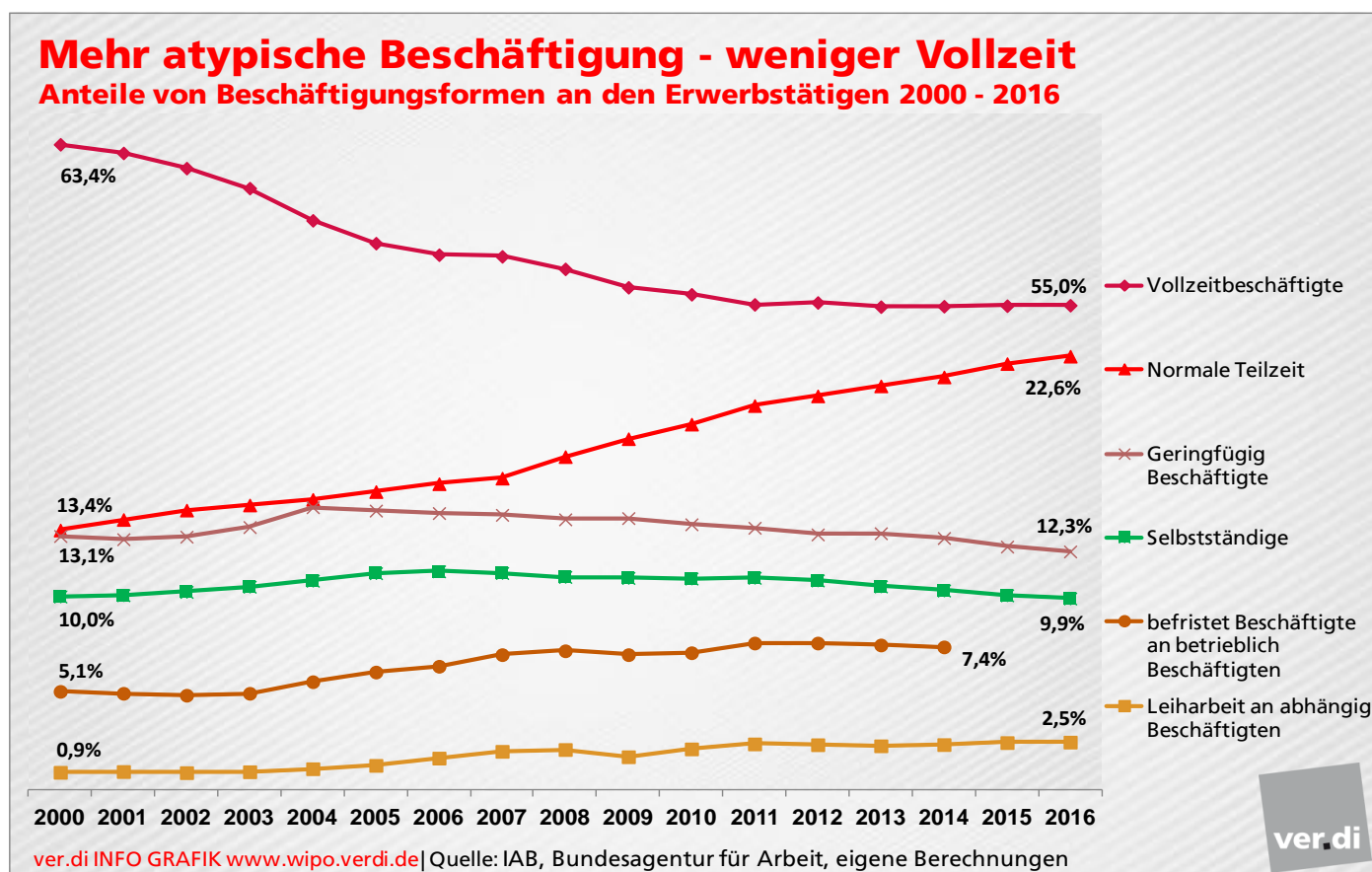
sowie finanzstarke Unternehmen mehr beitragen. Es muss endlich wieder eine Vermögensteuer auf Millionenvermögen erhoben werden und auch die Erbschaften der Superreichen müssen kräftig besteuert werden. Die Finanzprobleme von Städten mit hoher Arbeitslosigkeit und einiger Bundesländer dürfen aber nicht zu Lasten der Beschäftigten bewältigt werden.

Bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst gibt es im Vergleich zur Privatwirtschaft noch immer erheblichen Nachholbedarf. Die Einkommensentwicklung ist in den vergangenen 15 Jahren deutlich langsamer verlaufen als in vielen anderen Branchen. Wenn öffentliche Arbeitgeber für qualifizierte Beschäftigte attraktiv sein wollen, sind überdurchschnittliche Entgeltsteigerungen im Öffentlichen Dienst unabdingbar.

Arbeitsmarkt mit Licht und Schatten

Die Beschäftigungssituation hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Nach der Krise 2008/2009 kam es in Folge der wirtschaftlichen Erholung seit 2010 zu einem deutlichen Beschäftigungszuwachs. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg von 41 Millionen in 2010 auf 43,5 Millionen in 2016. Doch zugleich ist der Arbeitsmarkt tief gespalten, über ein Drittel arbeitet in atypischen Beschäftigungsverhältnissen, und es besteht weiterhin eine verfestigte Erwerbslosigkeit.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist seit 2010 um 3,5 auf 31,5 Millionen gestiegen. Dabei handelt es sich allerdings über-



wiegend um Teilzeitstellen, ihre Zahl stieg um zwei Millionen. Die Vollzeitbeschäftigung ist von 2010 bis 2016 um gut 1,1 auf knapp 24 Millionen gestiegen. Sie liegt damit aber noch um 1,4 Millionen unter dem Stand von 2000. Das Arbeitsvolumen der geleisteten Erwerbsarbeitsstunden steigt seit 2014 um etwa ein Prozent pro Jahr.

Die Zahl der Selbstständigen (und mithelfenden Angehörigen) war infolge der hohen Erwerbslosigkeit und arbeitsmarktpolitischer Förderung von 1991 bis 2011 um eine Million auf knapp 4,6 Millionen gestiegen. Seitdem ist sie wieder auf 4,3 Millionen leicht gesunken. Sowohl der Anstieg als auch der Rückgang der letzten Jahre betraf fast ausschließlich die Solo-Selbstständigen. Sie machen mittlerweile etwa 55 Prozent aller Selbstständigen aus.

Am stärksten wuchs die Beschäftigung in den letzten 20 Jahren im Gesundheits- und Sozialwesen, bei den Unternehmensdienstleistern (Beratung, Architektur- und Ingenieurbüros, Werbung und Marketing usw. sowie Arbeitnehmerüberlassung) und bei den IT-Dienstleistern. Die Zuwächse in den Bereichen Handel, Verkehr und Lagerei sowie Gastgewerbe gehen auf die zunehmende Teilzeitarbeit in diesen Bereichen zurück. Auch in der Industrie gab es in den letzten Jahren einen Zuwachs, der aber bei weitem nicht den Rückgang in den Jahren bis 2006 ausgleichen konnte. Der Beschäftigungsstand liegt hier immer noch deutlich unter dem des Jahres 2000.

Auch die Erwerbslosigkeit ging in den vergangenen Jahren spürbar zurück, allerdings erheblich weniger als die Beschäftigung anstieg. Die registrierte Arbeitslosigkeit sank von 3,2 Millionen (2010) auf 2,7 Millionen (2016). Dabei gibt es jedoch große regionale Unterschiede. In gro-

ßen Teilen Ostdeutschlands, im Ruhrgebiet und in Bremen liegt die Arbeitslosenquote um oder über zehn Prozent, in Bayern und Baden-Württemberg unter vier Prozent.

Diese positiven Entwicklungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin gravierende Probleme bestehen und von „Vollbeschäftigung“ keine Rede sein kann. Zu den arbeitslos registrierten Personen kommen etwa eine Million weitere, die in diversen Maßnahmen und geförderten Beschäftigungsverhältnissen sind oder kurzfristig dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Die gesamte Unterbeschäftigung lag im Dezember 2016 bei knapp 3,6 Millionen, 60.000 höher als ein Jahr zuvor. Dazu kommen noch eineinhalb Millionen Teilzeitbeschäftigte, überwiegend Frauen, die ihre Arbeitszeit gerne um durchschnittlich 15 Stunden pro Woche erhöhen würden.

Ein anhaltend großes Problem ist die verfestigte Langzeiterwerbslosigkeit. Offiziell ist etwa ein Drittel der Arbeitslosen schon länger als ein Jahr arbeitslos. Diese Zahl ist aber unterzeichnet,

» Von Vollbeschäftigung kann nach wie vor nicht die Rede sein.

da die Betroffenen nach Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit um mehr als sechs Wochen in der Regel wieder neu als Erwerbslose gezählt werden. Nach der OECD-Statistik sind etwa 44 Prozent der Arbeitslosen langzeiterwerbslos.

Nur etwa ein Viertel der registrierten Arbeitslosen bekommt die Versicherungsleistung Arbeitslosengeld I. Etwa zwei Drittel bekommen die bedürfnisgeprüfte Fürsorgeleistung Arbeitslosengeld II (Hartz IV). Etwa 300.000 registrierte Arbeitslose bekommen keine Leistungen. Auf der anderen Seite beträgt die Gesamtzahl der er-

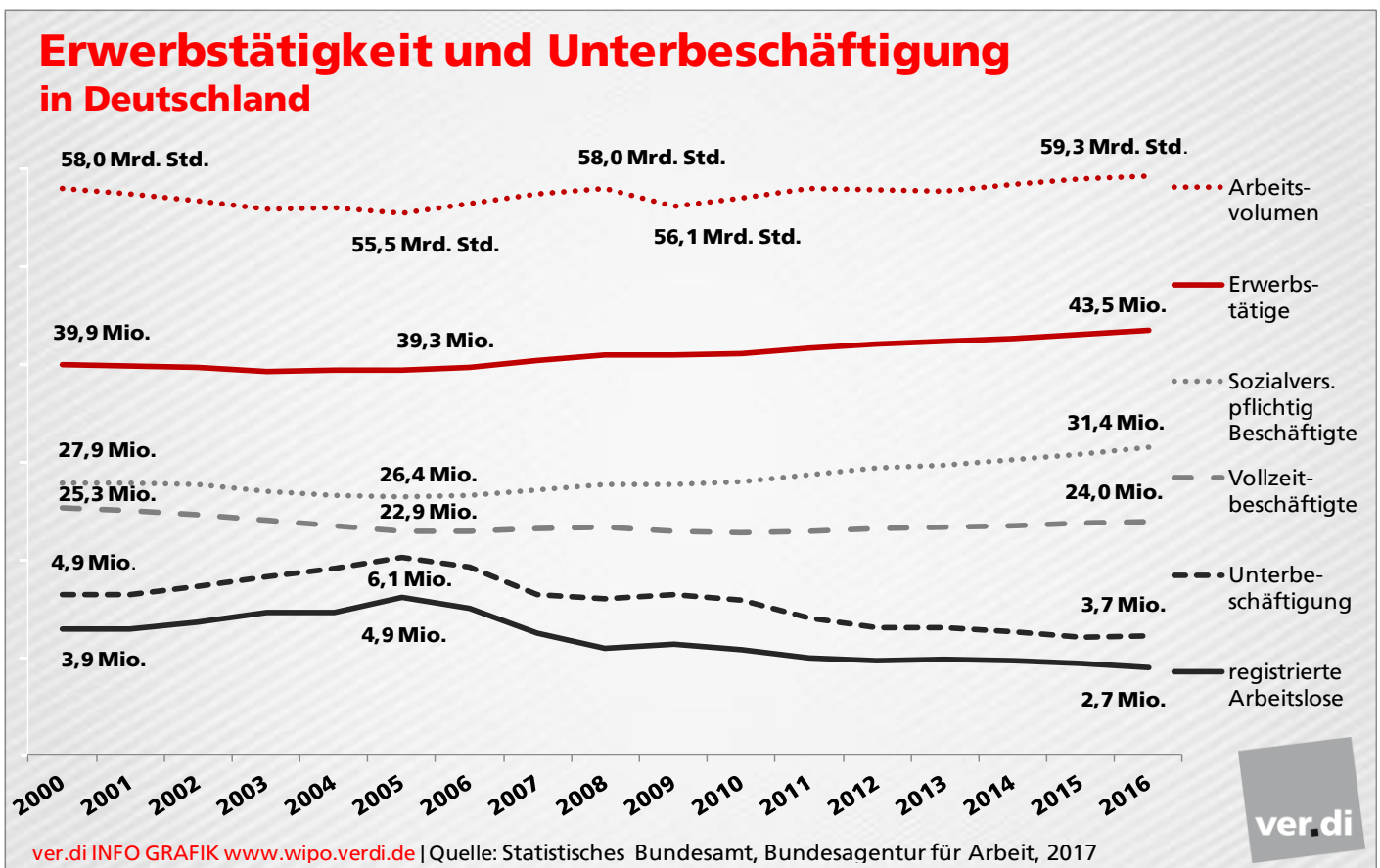
werbsfähigen ALG-II-EmpfängerInnen etwa 4,3 Millionen. Davon sind nur knapp 1,8 Millionen als arbeitslos registriert, etwa 700.000 sind AufstockerInnen und 500.000 Personen in Maßnahmen.

Für rund 300.000 ALG-II-EmpfängerInnen war eine Arbeit derzeit nicht zumutbar, weil sie kleine Kinder betreuten oder Angehörige pflegten, für etwa 350.000 weil sie noch zur Schule gingen oder studierten. 300.000 ALG-II-EmpfängerInnen waren arbeitsunfähig und 160.000 galten wegen ihres Alters nicht als arbeitslos. Insgesamt sind fast sechs Millionen Menschen auf ALG II bzw. Hartz-IV-Leistungen angewiesen, davon 1,6 Millionen Kinder unter 15 Jahren.

Die atypische und prekäre Beschäftigung bewegt sich weiterhin auf hohem Niveau. Die

Zahl der in Leiharbeit Beschäftigten hat mit etwa einer Million ein neues Rekordhoch erreicht. Während die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten in den vergangenen Jahren auf etwa 5,5 Millionen leicht gesunken ist, ist ein stetiger Anstieg bei den Nebenjobs feststellbar, um fast 100.000 pro Jahr auf mittlerweile knapp drei Millionen.

Im Jahr 2014 bekamen über 21 Prozent der Beschäftigten, also fast acht Millionen, nur einen Niedriglohn von unter zehn Euro je Stunde. Durch den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro ab 1. Januar 2015 hatten etwa vier Millionen Beschäftigte einen Anspruch auf Lohnerhöhungen. Insbesondere im Gastgewerbe, im Handel und anderen Dienstleistungsbereichen waren dadurch deutliche Lohnerhöhungen zu verzeich-



nen. Teilzeitbeschäftigte und Frauen haben besonders stark profitiert.

Die Tarifbindung ist stetig weiter gesunken, im Westen von 71 Prozent der Beschäftigten (2001) auf 59 Prozent (2015), im Osten von 56 auf 49 Prozent. Gleichzeitig hat die Lohnspreizung, also der Abstand zwischen den niedrigeren und den höheren Löhnen, deutlich zugenommen. Die höheren Einkommen wuchsen kräftig, die gering entlohnten Beschäftigten erlitten erhebliche Reallohnverluste.

In 2015 gab es in Folge des Mindestlohns einen Rückgang der Minijobs um etwa 200.000, von denen viele in sozialversicherte Beschäftigung umgewandelt wurden – ein sehr erwünschter Effekt. Negative Auswirkungen des Mindestlohns auf die Beschäftigung sind nicht festzustellen. Neoliberale Ökonomen und Arbeitgeberlobbyisten haben sich mit ihren Horrorprognosen heftig blamiert.

Problematische Wirkungen der „Reformpolitik“

Der Beschäftigungszuwachs der letzten zehn Jahre wird von der großen Koalition als Erfolg der Hartz-Reformen und der Agenda 2010 verkauft. Doch für Jubel besteht kein Grund. Zum einen hat der Abbau sozialer Rechte und Regulierungen zu verschärften sozialen Problemen und Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft geführt. Die Lage der Erwerbslosen und der Beschäftigten im größer gewordenen Niedriglohnsektor hat sich verschlechtert. Die Unsicherheit

und der Druck auf die Beschäftigten nahmen zu. Die Einkommensungleichheit wuchs. Zum anderen muss auch der statistische Beschäftigungszuwachs differenzierter betrachtet werden.

Es sind mehrere Phasen zu unterscheiden. Bis zur großen Krise 2008/2009 wuchs die deutsche Wirtschaft schwächer als die der meisten anderen europäischen Staaten. Auch die Beschäftigung entwickelte sich schlechter. Nur durch den starken Anstieg der Teilzeitbeschäftigung wurde ein stärkerer Rückgang der Beschäftigung und ein größerer Anstieg der Arbeitslosigkeit vermieden. Der Grund für die schlechte Entwicklung waren der kräftige Rückgang der Reallohne, der durch den mit den Arbeitsmarktreformen verstärkten Druck auf die Beschäftigten erreicht wurde, und die staatlichen Ausgabenkürzungen. Konsum- und Binnennachfrage kamen nicht vom Fleck, was das Wirtschaftswachstum abwürgte. Erst infolge des Exportbooms besserte sich die Lage 2006 bis 2008. Die deutsche Industrie profitierte hierbei von der Verdopplung der weltweiten Investitionen von 2002 bis 2008.

Dabei ist der Beschäftigungszuwachs seit 2006 nicht Resultat von mehr Arbeitsmarktflexibilität, sondern ein ganz normaler Effekt des wirtschaftlichen Aufschwungs. Wenn die Produktion schneller steigt als die Produktivität, nimmt der Bedarf an Arbeitskräften zu und die Beschäftigung steigt.

Erst seit 2010 ist die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung hierzulande erheblich besser als in den meisten anderen EU-Staaten. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die Reallohne wieder steigen. Ursächlich sind bessere Tarifsteigerungen und vor allem eine stark gesunkene Inflationsrate. Seit 2013 beruht das wirtschaftli-

» **Unsicherheit und Druck auf die Beschäftigten nahmen zu.**

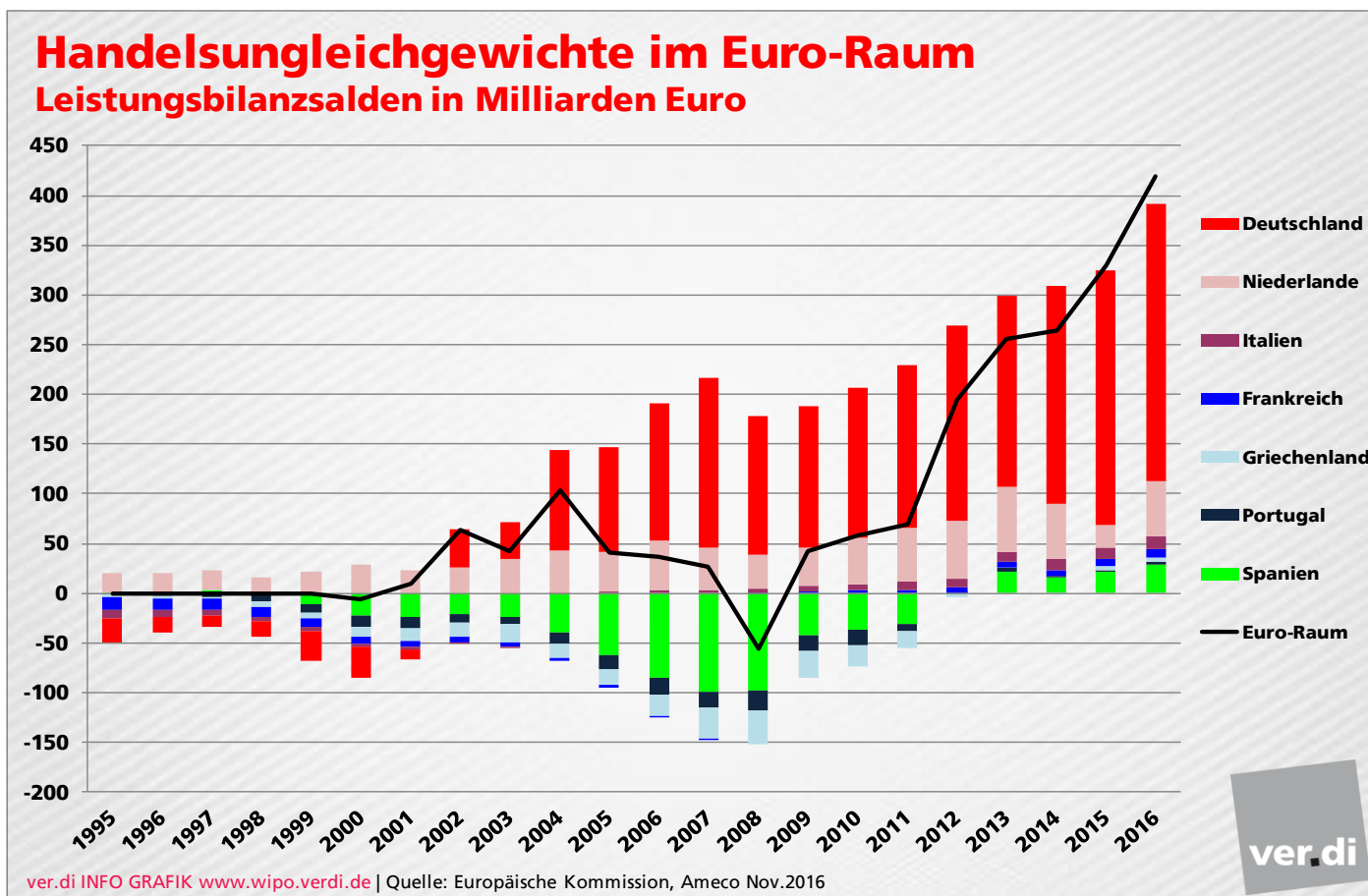
che Wachstum weitgehend auf der wachsenden inländischen Nachfrage.

Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Die andere ist, dass der gigantische Exportüberschuss, den Deutschland im vergangenen Jahrzehnt gegenüber dem Rest der Welt aufgebaut hat, ungeschmälert fortbesteht und in den letzten Jahren sogar auf neue Rekordwerte gestiegen ist. Der Exportüberschuss entspricht einem Drittel der Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes. Dafür werden etwa drei Millionen Beschäftigte benötigt. Zugespielt formuliert bedeutet das einen entsprechenden Export von Arbeitslosigkeit in andere Länder.

Die riesigen internationalen Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen waren ein zentraler

Grund für die weltweite Wirtschaftskrise 2008/2009 und sind die Hauptursache der Eurokrise, die immer noch nicht überwunden ist. Im Euroraum hatten Deutschland, die Niederlande und Österreich große Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse. Ein Land verbucht aber nur dann Überschüsse, wenn andere Länder rote Zahlen schreiben. Zwischen 2000 und 2008 kauften Italiener, Spanier, Portugiesen und Griechen deutsche Autos und Maschinen und bezahlten diese mit deutschen Krediten. Folglich hatten diese südeuropäischen Staaten große Handels- und Leistungsbilanzdefizite.

Die schlechte Lohnentwicklung und die einseitig exportorientierte deutsche Wirtschaftspolitik haben die heimischen Überschüsse in immer



größere Höhen getrieben. Einerseits konnte die deutsche Industrie ihre ohnehin hohe Wettbewerbsfähigkeit noch steigern und ihren überproportionalen Anteil gegenüber den anderen europäischen Ländern noch vergrößern. Andererseits führte die schwache Binnennachfrage dazu, dass die Importe erheblich weniger stiegen als die Exporte, der Überschuss also immer größer wurde.

Nach Ausbruch der Eurokrise schrumpften die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euroraum. Dies ist aber nicht Ausdruck einer wirtschaftlichen Gesundung der Ex-Defizitländer. Im Gegenteil: Sinkende Löhne, Staatsausgaben und Investitionen drosselten die Binnennachfrage. Folglich wurden weniger Güter eingeführt und weniger ausländische Kredite nachgefragt. Zudem erfolgte die Anpassung einseitig. Die deutschen Überschüsse wuchsen nämlich weiter und erreichten 2016 mit fast neun Prozent Anteil an der Wirtschaftsleistung ein Rekordniveau.

Deutschland hat heute den größten Exportüberschuss aller Länder der Erde. Am größten sind die Überschüsse gegenüber den USA, Großbritannien und Frankreich. Auch gegenüber China werden mittlerweile Überschüsse erzielt. Der gesamte Euroraum insgesamt weist einen immer größeren Überschuss gegenüber dem Rest der Welt auf. Dazu trägt auch bei, dass der Kurs des Euro in Folge der Politik der EZB gesunken ist. Das kann nicht ewig gutgehen, sondern wird Gegenreaktionen und Krisen hervorrufen.

Binnennachfrage stärken

Eine dauerhaft und international tragfähige Entwicklung erfordert eine weitere Stärkung der

Binnennachfrage in Deutschland. Wenn der übermäßige Überschuss abgebaut werden soll, muss die inländische Nachfrage über viele Jahre überproportional wachsen. Das erfordert Lohnsteigerungen, die – unter Berücksichtigung der Produktivitätszuwächse – höher sind als in den anderen europäischen Ländern und die den verteilungsneutralen Spielraum möglichst überschreiten.

Letztlich gilt es also, eine Rückumverteilung zugunsten der Löhne durchzusetzen. Zugleich sind höhere Staatsausgaben erforderlich, mit denen Investitionen, öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit ausgebaut werden, anstatt die „schwarze Null“ und eine Begrenzung der Staatsausgaben zu verfolgen. Insbesondere Personal und Wertschöpfung in den gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen müssen ausgeweitet werden.

Für 2017 erwarten die Institute einen Anstieg der Verbraucherpreise um etwa 1,5 Prozent. Die Arbeitsproduktivität soll um etwa ein Prozent zunehmen. Daraus ergibt sich ein verteilungsneutraler Spielraum für Lohnerhöhungen von 2,5 Prozent.

Hinsichtlich der Preisentwicklung ist es aber sinnvoll, anstelle der tatsächlichen Preisentwicklung die Zielinflationsrate der EZB von knapp unter zwei Prozent anzusetzen, solange die Inflationsrate unter diesem Wert liegt. Damit würde einer drohenden

» Der verteilungsneutrale Spielraum liegt zwischen 2,5 und 3,4 Prozent.

Deflation und der Spaltung des Euroraums in mehr und weniger wettbewerbsstarke Mitgliedsstaaten entgegengewirkt. Außerdem ist es sinnvoll, sich an der Produktivitätsentwicklung über einen längeren Zeitraum zu orientieren. Diese

Trendproduktivität liegt derzeit bei etwa 1,4 Prozent pro Jahr. Aus diesen Werten ergibt sich ein verteilungsneutraler Spielraum von etwa 3,4 Prozent.

Versteht man diese beiden Wege zur Berechnung des verteilungsneutralen Spielraums als Orientierungsmarken, so ergibt sich ein Spektrum für Tarifabschlüsse zwischen 2,5 und 3,4 Prozent, bezogen auf zwölf Monate. Die gewerkschaftlichen Lohnforderungen gehen natürlich in der Regel darüber hinaus. Dies gilt insbesondere, wenn es branchenbezogenen Nachholbedarfe gibt oder die Aufwertung zu niedriger Einkommen erforderlich ist.

Neben der Lohnentwicklung sind auch öffentliche Ausgaben für die Binnenkonjunktur von zentraler Bedeutung. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass gerade Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Pflege und die Energiewende nicht in ausreichendem Maße erfolgt sind. Dies hemmt auch mittel- und langfristig die wirtschaftliche Entwicklung. Steuer-senkungen sind vor diesem Hintergrund nicht sinnvoll, stattdessen sollten die aktuellen Haushaltsüberschüsse für notwendige Mehrausgaben genutzt werden. Gerade im derzeitigen Niedrigzins-Umfeld kann ein Teil der Investitionen zudem ohne Weiteres über eine höhere Verschuldung finanziert werden. Diese Ausgaben finanzieren sich durch ein höheres Wachstum ohnehin teilweise von selbst.

Impressum

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin – Ressort 1, Frank Bsirske
Bereich Wirtschaftspolitik: Dr. Dierk Hirschel, Ralf Krämer, Dr. Patrick Schreiner, Anita Weber, Februar 2017

Kontakt: wirtschaftspolitik@verdi.de